

An die
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck
Verkehrsreferat
Gilmstraße 2
6020 Innsbruck

E-Mail: bh.innsbruck@tirol.gv.at

(Eingangsvermerk)

Antrag auf Verordnung eines Fahrverbots für Fahrräder/Motorfahrräder

I. Angaben zum/zur AntragstellerIn (bitte genau ausfüllen):

Firma (juristische Person):

Nachname:

Vorname:

PLZ, Ort:

Straße:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Hinweis: Wenn es sich beim Antragsteller um eine juristische Person handelt ist eine Vollmacht des vertretungsbefugten Organs beizulegen.

II. Es wird um Verordnung folgendes Fahrverbots angesucht:

Es wird ersucht auf der

Gemeindestraße Landesstraße L / B (genaue Bezeichnung notwendig)

Straßenbezeichnung:

im Bereich (von-bis, Kilometer, Hausnummer):

ein **Fahrverbot für Fahrräder und Motorfahrräder** (gem. § 52 lit. a Zif. 8a StVO 1960)

Fahrverbot für Motorfahrräder (gem. § 52 lit. a Zif. 8b StVO 1960)

Fahrverbot für Fahrräder (gem. § 52 lit. a Zif. 8c StVO 1960)

zu erlassen.

Vom Fahrverbot **ausgenommen** werden:

.....

III. Sonstige Angaben / Bemerkungen (Begründung, etc.):

.....

.....

.....

Information

Voraussetzungen:

Alle Verkehrsmaßnahmen müssen erforderlich und nicht bloß zweckmäßig sein.

Nach der ständigen Rechtsprechung des VfGH ist eine Verkehrsbeschränkung nur erforderlich, wenn es auf Grund der örtlichen und verkehrsmäßigen Gegebenheiten der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs notwendig ist. Die Verhältnismäßigkeit ist von der Behörde im Zuge des Anhörungs- und Ermittlungsverfahrens zu prüfen.

Bei Prüfung der Erforderlichkeit einer Verordnung für eine Beschränkung sind die bei der betreffenden Straße oder Straßenstrecke anzutreffenden, für den spezifischen Inhalt der Verordnung relevanten Umstände mit jenen Umständen zu vergleichen, die für eine nicht unbedeutende Anzahl anderer Straßen zutreffen.

Die Straßenverkehrszeichen müssen den Bestimmungen der Straßenverkehrszeichenverordnung in der derzeit gültigen Fassung entsprechen. Die Bestimmungen der §§ 48 bis 54 der Straßenverkehrsordnung 1960 müssen bei der Aufstellung der Straßenverkehrszeichen genau beachtet werden.

Verkehrszeichen:

„Fahrverbot für Fahrräder und Motorfahrräder“ gem. § 52 lit. a Zif. 8a StVO 1960



Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrrädern und mit Motorfahrrädern verboten ist. Das Schieben dieser Fahrzeuge ist jedoch gestattet. Für die Lenker von Motorfahrrädern gilt überdies die Z 8b.

Auf Grund dieses Zeichens darf mit Motorfahrrädern weder mit laufendem Motor noch ohne laufenden Motor gefahren werden. Es ist auch verboten, den Motor am Stand laufen zu lassen. Dieses Verkehrszeichen hat für die Lenker von Motorfahrrädern insofern eine strengere Bedeutung, als das unter Ziffer 8b angeführte Zeichen, weil damit auch das Fahren ohne laufenden Motor verboten wird.

„Fahrverbot für Motorfahrräder“ gem. § 52 lit. a Zif. 8b StVO 1960



Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Motorfahrrädern mit laufendem Motor sowie das Laufenlassen der Motoren solcher Fahrzeuge am Stand verboten ist. Das Schieben dieser Fahrzeuge ohne laufenden Motor ist jedoch gestattet.

Mit dem letzten Satz wird klargestellt, dass auch das Schieben von Motorfahrrädern mit laufendem Motor verboten ist.

„Fahrverbot für Fahrräder“ gem. § 52 lit. a Zif. 8c StVO 1960



Dieses Zeichen zeigt an, dass das Fahren mit Fahrrädern verboten ist; das Schieben dieser Fahrzeuge ist jedoch gestattet.

Wichtige Bestimmungen, die das Verhalten von Radfahrern und Lenker von Motorfahrrädern regeln, sind in der Straßenverkehrsordnung (§§ 68 bis 69) zu finden.

Verfahren über Anträge können nur rasch erledigt werden, wenn das **FORMBLATT GENAUESTENS UND VOLLSTÄNDIG AUSGEFÜLLT, SÄMTLICHE UNTERLAGEN ANGESCHLOSSEN**, und vom **Antragsteller unterschrieben** ist. Der **Antragsteller versichert mit der Unterzeichnung des Formblattes**, dass alle Angaben der Wahrheit entsprechen.

Für derartige Anträge sind umfangreiche Ermittlungen (Gutachten von verkehrstechnischen Sachverständigen, Durchführung eines Lokalausweises usw.) erforderlich.

(Ort/Datum)	(Unterschrift des Antragstellers)

DEM ANTRAG SIND JEDENFALLS FOLGENDE UNTERLAGEN ANZUSCHLIESSEN:

- 1) **Übersichtslageplan** mit den eingetragenen Verkehrszeichen
- 2) **Gutachten** eines verkehrstechnischen Sachverständigen